

# Vom Untergrund ins Rampenlicht

## Afghanistans winzige Demokratiebewegung hofft auf Unterstützung aus dem Ausland

Sven Hansen

**„Wir haben unter den Taliban Informationen über Menschenrechtsverletzungen gesammelt und sie an ausländische Organisationen gegeben. Auch haben wir Unterricht für Mädchen organisiert, denen der Schulbesuch verboten war. Jetzt wollen wir Demokratie, doch uns fehlen die Erfahrungen damit.“** So stellt sich in Kabul der Vertreter der noch im Untergrund operierenden Republikanischen Partei vor. Seinen Namen will er lieber nicht nennen. Die seit zwei Jahren existierende Partei hat nach eigenen Angaben 4.800 Mitglieder, darunter 700 Frauen. **„Wir mußten unter den Taliban sehr vorsichtig sein und konnten uns nur in Gruppen von drei bis fünf Leuten treffen. Jetzt hoffen wir, bald legal arbeiten zu können.“**

Auch der Vorsitzende der „Union der freiheitsliebenden Kämpfer Afghanistans“, Mohammad Tarek, sieht seine Intellektuellenorganisation als Teil der Demokratiebewegung: „Seit die Sowjets Afghanistan besetzten, haben wir viele Freunde aus der demokratischen Bewegung verloren - sowohl durch die Sowjets als auch durch die Islamisten.“ Zwar sei Talibanführer Mullah Omar besiegt, aber nicht Fundamentalisten wie Abdul Rasul Sayyaf. „Die internationale Gemeinschaft sollte die *Warlords* entwaffnen, das fördert den Wandel und schafft Freiraum für Intellektuelle,“ meint der 50-jährige Ex-Lehrer. Seine Organisation habe sich noch nicht entschieden, ob sie eine Bewegung bleiben oder eine Partei werden wolle. Sie zählt angeblich 800 Mitglieder, darunter 90 Frauen. Schwerpunkte seien der Westen und der Norden des Landes.

Die Republikaner und die Union kennt in Kabul fast niemand. Auch andere demokratische Gruppen sind weitgehend unbekannt. „Innerhalb Afghanistans fehlten bisher die Bedingungen für eine Demokratiebewegung, während demokratische Afghanen im Ausland zu wenig über die Verhältnisse hier wissen, so daß ihre Vorstellungen oft Träume sind,“ meint der

Geschichtsprofessor der Universität Kabul, Sayed Amin Mujahed, der auch der unabhängigen *Loya jirga*-Kommission angehört. Zur Zeit würden sich viele Gruppen demokratisch nennen, meint er, aber nur die wenigsten seien es auch. In Afghanistan sei der Demokratiebegriff schon unter den Kommunisten mißbraucht worden, und selbst die Taliban hätten sich anfangs als demokratisch bezeichnet.

**„Die Vorstellungen der demokratischen Gruppen von Demokratie sind vage.“**

Die Vorstellungen der demokratischen Gruppen von Demokratie sind vage. Trotzdem gebe es Gemeinsamkeiten, meint Michael Pohly. Der Iranistik-Dozent der Freien Universität Berlin sondiert in Kabul die Eröffnung eines Büros für die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung. „Die Demokratiefrage macht sich vor allem an der Ablehnung der *Scharia* fest, am Einsatz für die Rechte der Frau und an

der Forderung nach der Trennung von Kirche und Staat.“ In der Tat sprechen sich zum Beispiel alle Befragten für ein säkulares Afghanistan aus. Doch alle betonen auch, daß dies nicht offensiv gefordert werden könne. Dies würde nur den Islamisten den Vorwand liefern, demokratische Gruppen als unislamisch zu diskreditieren, was sie nicht überleben würden.

„Die Relevanz der demokratischen Gruppen besteht zunächst darin, daß sie in 23 Jahren Krieg nicht aufgegeben haben,“ meint Thomas Ruttig von der UN-Sondermission für Afghanistan (UNAMA) in Kabul. Die Relevanz der Gruppen hänge zudem vom Westen ab. Sollen sich Ereignisse wie am 11. September nicht wiederholen und wolle der Westen wirklich ein demokratisches Afghanistan, so Ruttig, müsse er dort auch Antifundamentalisten und Demokraten unterstützen. Die würden dann schon zeigen, daß ihre Forderungen durchaus populär seien.

► **Zum Autor:** Sven Hansen ist Redakteur der „taz“ in Berlin und zeichnet dort für die Asienberichterstattung verantwortlich. Er ist vor kurzem von einer Afghanistan-Reise zurückgekehrt.